



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 172. Ratssitzung vom 13. Dezember 2025

5597. 2025/358

**Postulat von Marita Verbali (FDP), Deborah Wettstein (FDP) und Sabine Koch (FDP) vom 27.08.2025:
Systematische Stärkung der Prävention von Femiziden und geschlechts-spezifischer Gewalt**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Marita Verbali (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4985/2025): Die Stadtpolizei rückt in Zürich im Schnitt alle vier Stunden wegen häuslicher Gewalt aus. Hinter diesen Einsätzen stehen Frauen, Männer, Familien und Kinder, die von Gewalt betroffen sind. Immer wieder endet die Gewalt tragischerweise in einem Femizid. Diese Zahlen und Schicksale zeigen deutlich, dass häusliche und geschlechtsspezifische Gewalt kein Randphänomen, sondern eine ernste und akute gesellschaftliche Realität in unserer Stadt sind. Mit dem Postulat soll die Stadt prüfen, wie die Prävention von Femiziden und geschlechtsspezifischer Gewalt verbessert und wirksam gestaltet werden kann. Gewalt soll früher erkannt, Präventionsarbeit in Schulen und die Zusammenarbeit zwischen Schule, Polizei, Sozial- und Gesundheitsdienst gestärkt werden. Kinder, die von solcher Gewalt betroffen sind, sollen besser geschützt und unterstützt werden. Ziel ist es, die bestehenden Angebote besser zu vernetzen und Lücken im Angebot auszubauen.

Michele Romagnolo (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 17. September 2025 gestellten Textänderungsantrag: Das Verhältnis zwischen ausländischen und schweizerischen Tätern beschreibt die kriminologische und statistische Gegenüberstellung von Tatbeteiligten verschiedener Staatsangehörigkeitsgruppen. Der Einfluss des kulturellen Hintergrunds beschreibt, wie die sozialen und kulturellen Normen das Motiv oder die Art der Straftat prägen können. So wird bei sogenannten Ehrenmorden eine solche Tat zur Wiederherstellung der Ehre begangen. Das ist keine Theorie, sondern eine reale Gefahr. Jede eskalierende Situation ist eine zu viel. Darum muss die Stadt die richtigen Rahmenbedingungen schaffen, damit Betroffene früh geschützt und Risiken richtig eingeschätzt werden können. Das Postulat fordert keine fertigen Lösungen, sondern eine seriöse Prüfung bewährter internationaler Modelle.



Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Stadt Zürich die Prävention von Femiziden und geschlechtsspezifischer Gewalt systematisch stärken kann. Dabei soll insbesondere untersucht werden,

1. wie Schulprogramme zur Gewalt- und Präventionsbildung in Zürich eingeführt bzw. erweitert werden können,
2. wie Frühwarnsysteme zur Risikoerkennung lokal angepasst und in Schule, Polizei und Sozialdienste integriert werden können,
3. wie eine engere interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen Schule, Polizei, Sozialdiensten und Gesundheitswesen institutionalisiert werden kann,
4. ob und wie die Stadt Unterstützungsprogramme für Kinder von Femizid-Opfern schaffen kann, die psychologische Betreuung und soziale Stabilität sichern.
5. wie das Verhältnis zwischen ausländischen und schweizerischen Tätern ist und welchen Einfluss der kulturelle Hintergrund hat (Stichwort: Ehrenmord)

Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) stellt folgenden Textänderungsantrag: Schon oft sprachen wir über geschlechtsspezifische Gewalt. Jede zweite Woche wird in der Schweiz eine Frau von ihrem Partner oder Ex-Partner getötet. Diese Fälle sind nur die Spitze der Gewaltpyramide und geschehen nicht aus dem Nichts. Am Boden dieser Pyramide stehen laut Fachwelt fehlende Gleichstellung und verschiedene Formen der Diskriminierung. Wenn wir geschlechtsspezifische Gewalt verhindern wollen, müssen wir auch diesen Nährboden angehen und uns für echte Gleichstellung einsetzen. Hier vermisse ich häufig die FDP, besonders national. Immer wieder heisst es, dass man Gleichstellung schon erreicht habe. Wir müssen die Verhinderung von geschlechtsspezifischer Gewalt politisch wirklich ernst nehmen. Auch ist die FDP national nicht bereit, finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Diese braucht es, wenn die Gewalt nachhaltig verhindert werden soll. Mit dem Einreichen eines Postulats soll man sich längerfristig und ernsthaft mit diesem Thema auseinandersetzen – unter Einbezug von Fachpersonen. In Anbetracht anderer Diskussionen zur Gewaltprävention, bei denen sich die FDP kritisch äusserte, wirkt das Postulat wie Wahlkampf, ohne das Thema ernst zu nehmen. Aus fachlicher Sicht ist es nicht wert, auf die Textänderung der SVP einzugehen. Die Forderung ist daneben. Geschlechtsspezifische Gewalt hat nichts mit der Herkunft, sondern mit dem Geschlecht zu tun. Das Problem liegt dort und bei der fehlenden Gleichstellung. Wir haben auch eine Textänderung vorgeschlagen, da es uns wichtig ist, dass das Thema ernst genommen wird. Darum soll ausdrücklich stehen, dass das Anliegen mit ausreichend finanziellen und personellen Mitteln gestärkt wird. Denn es ist kein Thema, das man halbseriös angehen kann. Es geht um Frauenleben und ein gewaltfreies Leben für alle.

Weitere Wortmeldungen:

Dominique Späth (SP): Mit dem Postulat werden bei uns offene Türen eingerannt, wie Anna-Béatrice Schmalz (Grüne) bereits ausführte. Mit euren Formulierungen anerkennt ihr die Breite und Komplexität des Themas. Dieser Problematik kann die Stadt nur mit einem breit angelegten Präventionsprogramm entgegenwirken. Darum unterstützt die SP die Textänderung der Grünen. Die geforderten Massnahmen sind nicht gratis, sondern müssen koordiniert und finanziert werden. Daran möchte ich die gegenüberliegende Seite erinnern, wenn es das nächste Mal in der Budgetdebatte darum geht, Ressourcen zu sprechen. Die SP stimmt dem Postulat mit der Textänderung der Grünen zu.



Tanja Maag (AL): Auch wenn ich den Vorstoss schätze, kann ich ihn nicht ernst nehmen. In der Budgetdebatte wollte die FDP die Fachstelle für Gleichstellung zusammenstreichen. Geschlechtsspezifische Gewalt fängt nicht bei tödlicher Gefahr, sondern früher an. Prävention und Projekte gegen Belästigung im Alltag oder am Arbeitsplatz sind wichtige Dinge. Ihr könnt diese nicht als unnütz bezeichnen und dann ein solches Postulat bringen. Ihr müsst beweisen, dass ihr das ernst meint. Wenn ihr mit dem Postulat Wirkung erzielen wollt, empfehle ich euch, die Textänderung der Grünen anzunehmen. Für die SVP ein Zitat von Marc Graf, Professor für Forensische Psychiatrie, um daran zu erinnern, woher die Gefahr wirklich kommt: Die Täter stammen aus allen sozialen Schichten und haben verschiedenste kulturelle Hintergründe. «Diese Männer haben ein niedriges Selbstwertgefühl und keine prosozialen Strategien. Sie haben nicht gelernt, Probleme auf eine sozial adäquate Art zu lösen, sondern entwickeln dann vor dem Hintergrund dieser Verlustangst primitive Abwehrmechanismen wie eben Gewalt. Sie suchen die Schuld bei der bösen Frau, die ihre Erwartungen nicht erfüllt hat».

Serap Kahriman (GLP): Die GLP wird das Postulat mit der Textänderung der Grünen annehmen. Die wichtigen Gründe haben meine Vorrednerinnen Tanja Maag (AL) und Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) ausführlich dargelegt. Zum Textänderungsantrag der SVP bleibt mir nur zu sagen, dass es nie eine migrantische Frau war. Das lässt darauf deuten, dass es in der Regel Männer sind – nicht alle Männer, aber immer Männer.

Marita Verbali (FDP) ist mit der Textänderung von Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne) einverstanden, lehnt jedoch die Textänderung von Michele Romagnolo (SVP) ab: Ich kann euch versichern, dass das kein Wahlkampfthema ist. Seit Jahren setze ich mich dafür ein. Mir persönlich ist es sehr wichtig, da ich es aus meinem nächsten Umfeld kenne. Egal aus welcher politischen Ecke, wir sollten das Anliegen angehen. Die Textänderung der SVP lehnen wir ab. Im Postulat geht es nicht um eine Analyse der Verhältnisse von ausländischen und schweizerischen Tätern. Es geht um Prävention und deren Stärkung. Die Textänderung der Grünen nehmen wir an, da es Ressourcen dafür braucht.

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Stadt Zürich die Prävention von Femiziden und geschlechtsspezifischer Gewalt systematisch und mit ausreichend finanziellen und personellen Mitteln stärken kann. Dabei soll insbesondere untersucht werden,

1. wie Schulprogramme zur Gewalt- und Präventionsbildung in Zürich eingeführt bzw. erweitert werden können,
2. wie Frühwarnsysteme zur Risikoerkennung lokal angepasst und in Schule, Polizei und Sozialdienste integriert werden können,
3. wie eine engere interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen Schule, Polizei, Sozialdiensten und Gesundheitswesen institutionalisiert werden kann,
4. ob und wie die Stadt Unterstützungsprogramme für Kinder von Femizid-Opfern schaffen kann, die psychologische Betreuung und soziale Stabilität sichern.



4 / 4

Das geänderte Postulat wird mit 111 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat